

Administratur von Breslau übernommen, während die Verwaltung des Generalvikariats Branitz von der Administratur Oppeln versehen wird. Die abgetrennten Gebiete der Diözese Berlin (Ost-Brandenburg und Hinterpommern) gehören zur Administratur Landsberg a. W. Der polnisch besetzte Teil der Diözese Ermland steht unter der Administratur Allenstein, während für den russisch besetzten Teil die kirchliche Jurisdiktion ruht. Die Freie Prälatur Schneidemühl ist der Administratur Landsberg unterstellt.

Die von Kardinal Hlond eingesetzten Administratoren sind vom polnischen Staat nicht anerkannt worden, da das polnische Konkordat am 12. September 1945 einseitig durch den Staat gekündigt wurde. Sie wurden jedoch bis 1950 unbehelligt gelassen. Am 17. April 1950 veröffentlichte der Amtliche Polnische Nachrichtendienst den Text eines Abkommens zwischen den polnischen Bischöfen und der Regierung vom 14. April 1950, wonach der Episkopat versprach, sich an den Heiligen Stuhl zu wenden mit der Bitte, die kirchlichen Administraturen in ordentliche bischöfliche Sitze zu verwandeln. Eine ähnlich lautende Forderung richtete nach dem Abkommen Polens mit der Sowjetzone vom 6. Juli 1950 über die endgültige Festsetzung der Oder-Neisse-Linie das Amt für religiöse Angelegenheiten in Warschau an den Sekretär des polnischen Episkopats, Bischof Chormanski. Nach der Unterzeichnung des sog. „Oder-Neisse-Grenzvertrags“ vom 27. Januar 1951 verfügte die polnische Regierung am gleichen Tag von sich aus die Umwandlung der provisorischen kirchlichen Verwaltung in ständige kirchliche Einrichtungen. Die polnische Regierung zwang die bisherigen Apostolischen Administratoren von Breslau, Oppeln, Landsberg, Danzig, Ermland ihre Verwaltungsgebiete zu verlassen und ersetzte sie durch staatliche Verwalter, die als „gewählte Kapitular-Vikare“ bezeichnet wurden. Diesen erteilte der damalige Primas von Polen, Erzbischof Wyszyński, auf Grund einer Apostolischen Vollmacht die kirchliche Jurisdiktion, sanierte jedoch nicht die Wahl.

Kirchenrechtlich gelten die ostdeutschen Diözesen bis heute als deutsche Bistümer, wie aus dem *Annuario Pontificio per l'anno 1955* S. 141, S. 477, S. 705, zu ersehen ist. Gegen diese Angaben des *Annuario* haben am 19. Mai 1955 nach Meldung des PPD die „Kommissionen der geistlichen und weltlichen katholischen Förderer der Nationalen Front“ in verschiedenen Städten protestiert. Durch das Reichskonkordat ist die Aufrechterhaltung der Diözesanorganisation im Gesamtgebiet des Deutschen Reiches, innerhalb der Grenzen von 1937, gewährleistet. Änderungen können danach nur nach Verständigung mit der Reichsregierung, heute mit deren allein rechtmäßigen Nachfolgerin, der Bundesregierung, stattfinden. Solche Änderungen kann allein der Papst oder ein allgemeines Konzil zusammen mit dem Papst vollziehen, nicht jedoch ein Diözesanbischof und noch weniger irgendein Staat ohne Erlaubnis des Heiligen Stuhles.

*Der Kommunismus unter den japanischen Studenten.* In Japan wird das Problem des Marxismus von Tag zu Tag aktueller. Der Kommunismus schleicht sich augenblicklich nach der Zuckerwassermethode erschreckend in die Reihen der Intellektuellen und Studenten ein. Selbst Katholiken sind nicht immer gegen die Propaganda gefeit. So war ein katholischer Professor, der ein Buch über Logik geschrieben hat, neulich in China und er preist das neue China in den bewunderndsten Tönen. Kürzlich stand in der größten Tageszeitung Tokyos ein Bild von den Unruhen in Marokko mit der Unterschrift: „Der bewaffnete Weiße führt die Eingeborenen ins Gefängnis.“ Vor kurzem wurde das Buch „Nationalökonomie“, das von der sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Moskau herausgegeben wurde, ins Japanische übersetzt und hatte Ende Juli schon die 33. Auflage erreicht. Es wird an den Universitäten als Textbuch gebraucht oder doch empfohlen. Soeben ist aus dem gleichen Verlag ein Textbuch der Philosophie erschienen



und verbreitet sich rasch. Allerdings muß man sagen, daß hier der Marxismus im Gegensatz zu Europa nicht so tief greift. Er ist eine Art Schlagwort, und man muß ihn mitgemacht haben, wenn man als Intelligentsia gelten will. Nach den Studien fällt er dann ebenso schnell wieder ab. So war eines der konservativsten Reichstagsmitglieder in seiner Studentenzeit ein rabiatere Kommunist.

*Geburtenkontrolle in Puerto Rico.* Auf dem im vergangenen August zu Rom stattfindenden Kongreß für Bevölkerungsfragen wurde auch ein Bericht von einer Untersuchung über die psychologischen Widerstände gegen eine Geburtenkontrolle in Puerto Rico vorgelegt.

Puerto Rico ist etwa halb so groß wie Württemberg und zählt über 1½ Millionen Menschen, meist Mischlinge von Spaniern und indianischen Ureinwohnern. 1898 mußte Spanien diese kleinste der Antilleninseln an die Vereinigten Staaten abtreten; kulturell gehört die Insel jedoch auch heute noch der spanischen Welt an, wenngleich die führenden Leute der Wirtschaft meist Nordamerikaner sind.

Diese Insel wurde von den amerikanischen Universitäten Harvard und Columbia mit Unterstützung des Gesundheitsministeriums zu einem eigenartigen Versuchsfeld auserwählt. Man wollte die Widerstände einer primitiv lebenden Bevölkerung gegen die modernen Eingriffe in das Geschlechtsleben des Menschen erkunden, um daraus die besten Methoden zur Überwindung solcher Widerstände zu entwickeln.

Die ersten Versuche wurden 1947/48 mit Unterstützung des Office of Population Research angestellt. Man fand, daß in den niederen Bevölkerungsschichten zwar der Wunsch nach Geburtenbeschränkung vorhanden sei, daß er jedoch unwirksam bleibe. Um die Gründe zu erfahren, arbeitete man ein „Family Life Project“ aus, mit dessen Verwirklichung man 1951 begann und das vier Jahre dauern und insgesamt 100000 Dollars kosten sollte.

Man wählte 75 arme Familien aus, befragte die Männer zwei Stunden, die Frauen sogar bis zu sechs Stunden und verfertigte auf Grund dieser Aussagen einen Fragebogen, nach dem man 3000 der niedrigst stehenden Familien befragte, deren Namen von den Krankenhäusern und Gesundheitsämtern übermittelt worden waren. Diese Familien wurden von August bis Oktober 1953 in den Lokalen des öffentlichen Gesundheitsdienstes je 5—10 Minuten lang über ihre Kenntnisse in Geburtenkontrolle und Sterilisation ausgefragt. Auf Grund der gewonnenen Erkenntnisse ging man einen Schritt weiter. Für das neue Experiment wurden 1100 Familien ausgewählt: 200, bei denen die Frau sterilisiert worden war, 300, die gewohnheitsmäßig empfängnisverhütende Mittel benutzten, 300, die sie nur gelegentlich gebrauchten, diese Praxis aber wieder aufgegeben hatten, und 300, die nie solche Mittel angewandt hatten. Drei Stunden wurden die einzelnen befragt, und zwar von Studenten höherer Semester. Einzelheiten über diese nach neuerlei Methoden durchgeführten Befragung wurden nie veröffentlicht, wohl aber für die augenblicklich noch laufende Untersuchung bei 480 besonders ausgewählten Familien verwandt.

Es erübrigt sich wohl, auf die Unwürdigkeit und Dekadenz solcher „Wissenschaft“ hinzuweisen, vor allem in einem Land, in dem schon einmal Krankenhäuser und Gesundheitsämter ähnliche Listen anfertigen mußten, denen bald andere, Todeslisten, folgten. Es darf die USA aber nicht wundern, wenn immer weitere Kreise des alten Erdteils Bedenken bekommen, ob solche Fortschrittlichkeit den rechten Weg weist, um die Probleme hierzulande und in Europa zu lösen.

*Die soziale Lage des Landarbeiters in Südamerika.* Der südamerikanische Kontinent wird noch auf lange Sicht ein durchaus ländlicher Kontinent bleiben. Von 154 Millionen Menschen sind 120 in der Landwirtschaft tätig und wohnen auf